

BRIEFE AN DIE REDAKTION

MEDIZINALBEAMTE

Zu der Meldung „Nicht-Arzt wird leitender Medizinalbeamter“ in Heft 1/2 1983:

**Parteifunktions-
oligarchie**

Nach der Information über die Fehlbesetzung der Stelle eines leitenden Medizinalbeamten im Staatsministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg bin ich tief enttäuscht darüber, daß es der Ärzteschaft des öffentlichen Gesundheitsdienstes in unserem Land noch nicht gelungen ist, diesen Posten fachgerecht, nämlich durch einen qualifizierten Arzt besetzen zu lassen. Seit Kriegsende versteht es die dortige Ministerialbürokratie immer wieder, Ärzte von dieser führenden Stellung fernzuhalten. Das wäre nicht möglich, wenn sich die Medizinalbeamten in geschlossener Solidarität, notfalls bis zum Streik, gegen diese personalpolitischen Machenschaften wehren würden. Sie könnten dabei hinweisen auf andere Bundesländer, wo der leitende Medizinalbeamte als Arzt im entsprechenden Ministerium bis zum Ministerialdirektor avanciert. Schon vor mehr als 20 Jahren durfte beim Arbeitsministerium in Stuttgart ein Medizinalbeamter gerade Obermedizinalrat werden. Als ich 1963 auf die begrenzte Laufbahn und die schlechte Besoldung, insbesondere der Fachärzte, in der Versorgungsmedizin hinwies und die inadäquate Stellenbesetzung im Medizinalbereich des Arbeitsministeriums Baden-Württemberg kritisierte, entließ mich der damalige Arbeitsminister Schüttler fristlos. In der von mir dagegen eingereichten arbeitsrechtlichen Klage obsiegte ich indes in allen drei Instanzen. Aus jener Zeit aber kenne ich das jämmerliche devote Verhalten einiger Kollegen

dem Arbeitsministerium gegenüber. So erlangen die Medizinalbeamten nie die ihnen nach Ausbildung und Erfahrung zustehende Karriere und Position. Das Schreiben über diese Mißstände oder die Intervention beim Minister nutzen erfahrungsgemäß rein gar nichts, denn letzterer fühlt sich in der Regel ohnehin sakrosankt und in Immunität erroris. Nur wenn gleichzeitig und vehement von allen geeigneten Ebenen her mit Mut und Beharrlichkeit rechtlich, publizistisch und standespolitisch gegen derartige Willkürakte gewisser Ministerialer *gehandelt* wird, kann uns ein Erfolg beschieden sein. Solche Fehlgriffe in der Besetzung höherer Planstellen eines Ministeriums gehören nicht nur im DEUTSCHEN ÄRZTEBLATT, sondern in allen Medien mit breiter Aufklärungswirkung veröffentlicht, denn in unserer Parteifunktionsoligarchie fürchten die Politiker nichts mehr als eine möglichst große Zahl empörter Stimmbürger.

Dr. med. Josef J. Gomer
Thüringer Straße 10
7809 Denzlingen
(Breisgau)

PANZER

Zu einer Leserschrift von Dr. med. H. G. Vogelsang (Heft 14/1983), die sich auf ein Interview des DEUTSCHEN ÄRZTEBLATTES mit Bundeswirtschaftsminister Dr. Otto Graf Lambsdorff in Heft 7/1983 bezog:

Polnische Freiheit

Man sollte dem Kollegen Vogelsang aus Düsseldorf eine Weile lang die Freiheit der Polen schenken, damit er begreift, wofür wir (leider!) Panzer brauchen, um sie nicht zu gebrauchen!

Dr. Hans-Joachim Zielinski
Ev. Krankenhaus
5910 Kreuztal-Kredenbach

MENSCHLICHKEIT

Zu dem Artikel von Prof. Dr. med. Werner Schloot: „Menschlichkeit – Grenzen der Forschung in Biologie und Medizin“ (Heft 6 und 7/1983):

An alle Frauen

... was Professor Schloot unserer Menschlichkeit da voraussagt, ist an Grausigkeit nicht zu überbieten! Mit Menschlichkeit hat das nicht mehr das geringste gemein!

Die Menschlichkeit, um die wir heute so ringen und kämpfen müssen, nimmt durch diesen „Fortschritt“ immer mehr ab, die Folge ist: der Mensch wird zum Versuchsobjekt, zur Maschine, zum Tier degradiert. Prof. Schloot schreibt, die Menschheit sei immer mit den bahnbrechenden Umwälzungen fertig geworden. Aber niemals vorher war es ein Eingriff in die Persönlichkeit des Einzelwesens, nie war die Gefahr so groß wie hier.

Die Eingriffe in die Natur und in die Umwelt sind schon beträchtlich!

Ich sehe auch die Notwendigkeit des Fortschritts – er kommt allen zugute –, aber es ist erschreckend, was die ungehemmte Forschung uns bereits jetzt bietet! Wer bestimmt denn die „Normen“, wer kann, darf oder *muß* bremsen? Den arbeitenden Wissenschaftlern das selbst zu überlassen, halte ich für gefährlich und blauäugig.

Lernen wir Menschen nie, unsere Grenzen anzunehmen und anzuerkennen? ... Um diesem Trend entgegenzuwirken, möchte ich an alle Frauen appellieren, ihre geschlechtsspezifischen Organe nicht für Versuchszwecke zur Verfügung zu stellen.

Aber viele sind von der Wissenschaft (und den Wis-

senschaftlern) so fasziniert, daß sie alles Machbare für gut halten. Wir rufen nach Menschlichkeit, nach Liebe, nach Frieden, sind aber dabei, gefühlsarme, kalte, seelenlose Menschen „herzustellen“. Als ersten persönlichen Schritt werde ich meinen Organ spendepaß erweitern: meine brauchbaren Organe dürfen nach meinem Tod *alle* zur Erhaltung eines Menschenlebens verwendet werden, aber meine Fortpflanzungsorgane werden *auf gar keinen Fall* in einem Labor landen!

Marlies Fergenbauer
Oranienstraße 31
6000 Frankfurt am Main 50

GOÄ

Auszug aus einem Schreiben an den PKV-Verband, das der Redaktion in Kopie zugeht:

**Sinnvolle
Alternative**

Wäre es nicht sinnvoller, der Verband der Privaten Krankenversicherung oder die einzelnen Versicherungsunternehmen würden jedem Privatpatienten ein Exemplar der neuen GOÄ übersenden, statt den Ärzten den Bezug der GOÄ (bzw. von Kurzfassungen) in großer Stückzahl zur Verteilung an die Patienten nahezuliegen?

Die Frage der Finanzierung sollte von der Privaten Krankenversicherung dabei nicht als Gegenargument angeführt werden, denn sie muß ja ohnehin ihre Versicherter über die neue Lage informieren. Die direkte Zusendung der GOÄ an die Privatversicherter wäre sicher eine sinnvolle Alternative zu anderen informierenden Aussendungen der Versicherungen.

Dr. med. Helmut Fischer
Münchner Straße 44
8120 Weilheim i. OB